

# Beschluss

Für eine neue Drogenpolitik

Gremium: BAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 03.11.2019

## Antragstext

1 Die jahrelange strafrechtliche Verfolgung von Konsument\*innen illegaler Drogen  
2 hat sich als sinnlos und schädlich erwiesen. Seit Jahrtausenden nutzen Menschen  
3 psychoaktive Substanzen. Auch in unserer heutigen Gesellschaft ist der  
4 Substanzgebrauch weit verbreitet. Viele Menschen nutzen Drogen, weil sie für  
5 sich einen positiven Nutzen daraus ziehen und sich beim Konsum gut fühlen.  
6 Drogen können riskant konsumiert werden und sie können risikoarm konsumiert  
7 werden. Fakt ist, die Risiken hängen wesentlich von der Konsumkompetenz der  
8 Konsument\*innen, deren Konsummustern und den Konsumbedingungen ab.

9 Völlig konträr zu diesen Erkenntnissen wird der Umgang mit einigen Substanzen  
10 tabuisiert und mit Strafe bedroht, während andere Substanzen sogar breit  
11 beworben werden (Alkohol, Tabak). Der herkömmlichen Drogenpolitik geht es nicht  
12 darum, wie die Menschen konsumieren und ob dadurch Probleme entstehen, sondern  
13 sie verbietet ohne jede wissenschaftliche Evidenz einzelne Substanzen und  
14 erklärt andere zum Kulturgut. Das ist widersprüchlich und ungerecht, und die  
15 repressive Drogenpolitik richtet mehr Schaden an als die Drogen selbst. Sie  
16 bindet zudem erhebliche Ressourcen der Ermittlungs- und  
17 Strafverfolgungsbehörden, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

18 Der prohibitive Ansatz hat weder die Nachfrage noch das Angebot von Drogen  
19 reduziert, noch ist er dazu in der Lage. Zusätzlich entstehen durch die  
20 Kriminalisierung von Konsument\*innen und den illegalen Markt immense Schäden.  
21 Ganze Regionen werden durch Drogenkriege destabilisiert, es kommt zu massiven  
22 Menschenrechtsverletzungen und vielen Toten. Menschen, die Drogen konsumieren,  
23 werden unnötig mit Strafverfolgung überzogen; Verbraucher\*innenschutz existiert  
24 nicht, was schwere Gesundheitsschäden und sogar Todesfälle nach sich ziehen  
25 kann, weil Produktions- und Verteilungsprozesse keiner Qualitätssicherung  
26 unterworfen sind und die Gebraucher\*innen nicht wissen, was sie konsumieren.  
27 Wirksame Suchthilfe und Prävention werden behindert, weil Strafverfolgung den  
28 Zugang zu den Konsument\*innen erschwert. Zudem werden suchtkranke Menschen ins  
29 Gefängnis gesperrt, wo ihnen nicht ausreichend geholfen werden kann.

30 Unsere grüne Drogenpolitik ist daher von dem Leitbild geprägt, die Menschen zu  
31 befähigen, aufgeklärt und selbstbestimmt Konsumententscheidungen zu treffen und  
32 gleichzeitig gesundheitliche Schäden zu mindern, ohne dabei Dritte zu gefährden  
33 . Von der Produktion bis zur Abgabe an die Nutzer\*innen sind Drogen reguliert  
34 und kontrolliert abzugeben. Grundsätzlich wollen wir den Konsumierenden mehr  
35 Rechte zugestehen, z.B. selbst Cannabis anzubauen. Besitz allein darf nicht zum  
36 Entzug der Fahrerlaubnis führen. Außerdem müssen die Grenzwerte der  
37 Fahrtüchtigkeit wissenschaftlich fundiert festgelegt werden. Wir fordern darüber  
38 hinaus, dass Cannabis in Fachgeschäften von volljährigen Personen erworben

39 werden darf. Orientiert am jeweiligen Gefährdungspotenzial müssen auch für  
40 andere bisher illegale Substanzen Abgabemodelle eingeführt werden. Für neue  
41 Substanzen muss es ein Zulassungsverfahren geben, welches auf Basis einer  
42 wissenschaftlichen Risikobewertung erfolgt.

43 Um Schäden durch Konsum zu mindern oder ganz zu vermeiden, darf die Regulierung  
44 nicht marktwirtschaftlichen Mechanismen überlassen werden. Insbesondere muss auf  
45 Risiken des Konsums hingewiesen, ein wirksamer Jugendschutz durchgesetzt und  
46 hohe Verbraucher\*innenschutz-Standards eingeführt werden. Ein erster Schritt in  
47 diese Richtung sind flächendeckende Drugchecking-Angebote. Für psychoaktive  
48 Substanzen sollte generell nicht geworben werden dürfen. Diese Grundsätze müssen  
49 auch für die bisher schon legalen Substanzen wie Tabak, Medikamente und Alkohol  
50 sowie stoffungebunde Abhängigkeitsrisiken, wie z. B. Glücksspiel oder einzelne  
51 Internetanwendungen (z. B. gefährdende Online-Games) gelten. Aus problematischem  
52 Konsum soll kein Profit gezogen werden können; Marketingstrategien für  
53 gesundheitsgefährdende Produkte werden wir daher unterbinden.

54 Auch ist die Konsumkompetenz der Menschen zu stärken, damit wir selbstbestimmt  
55 die Vorteile der technischen Entwicklung und psychoaktiven Substanzen nutzen  
56 können, ohne Suchtgefahren und anderen Risiken ausgesetzt zu sein.  
57 Suchtprävention braucht eine strukturelle Förderung, damit die Verantwortung  
58 nicht alleine bei den Eltern, Schulen und sozialen Einrichtungen liegt. Vielmehr  
59 sollten alle Verantwortlichen, wie Schulen, Familien- und  
60 Erziehungsberatungsstellen, Jugendämter, Suchthilfe- und Suchtprävention  
61 vernetzt und fachübergreifend arbeiten. Außerdem müssen moderne,  
62 wissenschaftlich fundierte Präventionsansätze umgesetzt werden, die weder  
63 verharmlosen noch verteufeln, sondern auf Kommunikation, Kompetenzentwicklung  
64 und Austausch setzen. Denn Angstmache, Wegschauen und Verbote sind überholt.  
65 Vielmehr muss das Erlernen von Lebens-, Risiko- und Konsumkompetenz gefördert  
66 werden, damit wir Menschen nicht mit diesen Entwicklungsaufgaben alleine lassen.  
67 Für Suchtkranke bedarf es wirksamer Therapie- und Suchthilfemaßnahmen.

68 Die jahrzehntelange Prohibition hat dazu geführt, dass Therapieansätze mit  
69 psychoaktiven Substanzen, wie etwa psychedelische Stoffe, nicht zugelassen  
70 wurden bzw. erst gar nicht erforscht werden. Wir werden eine umfassende  
71 Forschung mit Substanzen ermöglichen, insbesondere klinische Forschung zu  
72 medizinischen Zwecken. Die Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen der  
73 Drogenpolitik wird ferner zu einem stärker faktenbasierten und weniger  
74 ideologischen Umgang mit Drogen in der Gesellschaft sowie zu einer ebensolchen  
75 Debatte beitragen.